

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/47

Bonn, den 9. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 2

Heinrich Heist †

74

Er gab sein Bestes für die deutsche Demokratie

3

Noch vor den Toren der Gerechtigkeit ?

52

Zum SPD-Kongreß "Gegen Trennung und Gewalt" in Sindelfingen

4

Intensive Verkehrserziehung

48

Gute Erfahrungen in Hessen

5

Welt-Wohlstand bestenfalls erst in 200 Jahren

49

Das Kernproblem der bevorstehenden Welthandelskonferenz

Von Bruno Kuster, Genf

6

Serrano Suñer bringt sich in Erinnerung

56

Spanisches Bekenntnis zum Faschismus

Chefredakteur Günter Markscheffel

Heinrich Deist +

Er gab sein Bestes für die deutsche Demokratie

G.M. - Wieder hat der unerbittliche Tod eine Lücke in die Reihen jener Männer gerissen, die nach dem zweiten Weltkrieg ihr Bestes gaben, um unserem Volk neue Wege in eine glücklichere Zukunft zu weisen. Heinrich Deist ist nicht mehr. Er verließ uns auf dem Höhepunkt seiner Schaffenskraft, dahingerafft durch einen Herinfarkt, jener gefährlichen Krankheit, der so viele erliegen, die den Dienst an der Allgemeinheit als ihre höchste Lebensaufgabe betrachten.

Heinrich Deist ist noch nicht 62 Jahre alt geworden. Er war Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Bochum, Mitglied des Europäischen Parlaments, des Präsidiums und Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und einer der stellvertretenden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

\* \* \*

Der fast zierlich wirkende, stets freundliche Mann war ein hervorragender Kenner der deutschen und internationalen Wirtschaft. Wer seine Schriften las, seine Reden hörte, seine Vorschläge und Anregungen wirtschaftspolitischer Art prüfte, der wußte, daß hier ein Mensch stand, dem der Begriff "Wirtschaft" viel, viel mehr war, als das Jonglieren oder Werten von Zahlen. Heinrich Deist hat in den Nachkriegsjahren das bleibende Werk der Neuorientierung wirtschaftspolitischer Denkens eingeleitet. Mit nie versagender Energie und ständig variierten Formulierungen prägte er seiner ganzen Generation von Wirtschaftlern ein, daß die Wirtschaft dem Menschen zu dienen habe, daß der Mensch mit seinen Sorgen und Hoffnungen im Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Handelns und Denkens stehen müsse.

\* \* \*

Als die deutsche Sozialdemokratie, schon lange vor 1959 in Vorbereitung ihres Grundsatzprogrammes von Bad Godesberg, daranging, eine moderne wirtschaftspolitische Konzeption zu entwickeln, war es Heinrich Deist, der neue Wege beschritt. Dem Praktiker der Wirtschaft und dem sozialdemokratischen Politiker gelang es, die Brücke vom traditionellen Denken zur modernen Betrachtungsweise wirtschaftspolitischer Probleme zu schlagen.

Er spürte den Ursachen für das Versagen schematischer und doktrinärer angewandter Theorien nach und erkannte hierbei, daß weder die Verstaatlichung allein noch eine hemmungslose Liberalisierung der Wirtschaft Maßstäbe für das gesunde Funktionieren einer modernen Volkswirtschaft zu setzen vermag. Beide Extreme lehnte Heinrich Deist ab; er wies nach, daß der Mensch im Bereich der ausschließlich verstaatlichten ebenso wie in jener der hemmungslos liberalisierten Wirtschaft nicht das Glück der Freiheit seiner persönlichen Entwicklung finden kann, auf das er, entsprechend seiner Leistung für das Ganze, Anspruch hat.

\* \* \*

So fand Heinrich Deist den Weg zu der Erkenntnis, daß nicht die Form oder das Schema einer "Wirtschaft" für die Menschen entscheidend ist, sondern das Maß an Kontrolle, das die Gemeinschaft - vertreten durch demokratische Institutionen - ausüben kann, um die Auswüchse nach der einen wie der anderen Seite einzudämmen.

Hier zeigte Heinrich Deist in den Bundestagsdebatten, in seinen Vorträgen und eindrucksvollen Analysen praktische Wege zur Realisierung dessen, was er immer "die Demokratisierung der Wirtschaft" genannt hat. Freiheit und weise Beschränkung, vorausschauende Planung und ständige Überprüfung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen - das war seine Konzeption einer modernen Wirtschaft, die im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD ihren Niederschlag fand und heute schon Allgemeingut geworden ist.

\* \* \*

Heinrich Deist war kein bequemer Mann. Stets stellte er sich seinen Gegnern, ob sie sich im Parlament, in der Wirtschaft oder gelegentlich in der eigenen Partei gegen seine Thesen erhoben. Immer blieb er dabei ein Meister der befruchtenden Diskussion. Er konnte zuhören, scharf sein, wirkte aber nie verletzend. Das ist es wohl, was der Menschen Heinrich Deist so liebenswert machte. Auch seine Gegner mußten stets anerkennen, daß ihnen ein vorbildlich fairer Mann gegenüberstand, ein Mann, dessen Thesen das Ergebnis langer Studien und einer erfolgreichen Praxis waren, und der gerade deshalb auch den Wert einer anderen Meinung zu schätzen wußte.

\* \* \*

Jetzt ist Heinrich Deist nicht mehr unter uns. Die deutsche Sozialdemokratie hat einen ihrer führenden Männer verloren, einen Freund, von dem sie noch viel erwarten durfte. Die deutsche Demokratie verlor einen ihrer Wegbereiter, einen mutigen Streiter für das Recht und die Freiheit, auch in jenen Bereichen des Lebens, von denen man oft sagt, sie seien den wirtschaftlich Mächtigen vorbehalten.

Wir Sozialdemokraten sagen unserem Heinrich Deist Dank für sein großes Lebenswerk, das ihn mit uns verband. Wir trauern um den Freund und Weggefährten, der immer sein Bestes gab.

+ + +

9. März 1964

Noch vor den Toren der Gerechtigkeit ?

Zum SPD-Kongreß "Gegen Trennung und Gewalt" in Sindelfingen

sp - Seit dem zweiten Weltkrieg sind in der Welt mehr als 60 Millionen Menschen unter Mißachtung von Menschen- und Völkerrrecht ihrer Heimat beraubt worden oder unter dem Druck politischer Systeme aus ihrer Heimat geflüchtet. Fast ein Viertel von ihnen sind deutsche Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Flüchtlinge im eigenen Vaterland.

Nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1961 sind 5,8 Millionen Landsleute aus dem sowjetischen Besatzungsbereich in die Bundesrepublik einschließlich Westberlin gekommen. Von ihnen sind 2,8 Millionen Heimatvertriebene, die in Mitteldeutschland einen Zwischenaufenthalt hatten. Das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge ist das Schicksal des ganzen deutschen Volkes, das von allen getragen werden muß. Die menschlichen, sozialen und rechtlichen Fragen dieser Menschen zu lösen, ist eine der dringendsten Aufgaben der Bundesrepublik. Da zeigt sich aber, daß die Bundesregierung dieser Verpflichtung bisher nicht genügend nachgekommen ist. Nur 847 000 aus Mitteldeutschland und Ostberlin Geflüchtete wurden von den Behörden der Bundesrepublik als politische Flüchtlinge im Sinn des Bundesvertriebenengesetzes anerkannt. Sie konnten nach der bestehenden Gesetzgebung durch Härtefondsleistungen betreut werden; aber 2,2 Millionen ihrer Schicksalsgefährten stehen noch vor den Toren der Gerechtigkeit.

Für die Heimatvertriebenen ist durch das Lastenausgleichsgesetz und auch durch mehrere andere Gesetze eine solide, wenn auch noch nicht ausreichende Plattform zur Integration geschaffen worden.

Das vordringliche Problem, mit dem sich die Gesetzgebung zu befassen hat, ist also die Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen. Dieser Verpflichtung hat sich die Sozialdemokratische Partei durch die Einbringung eines Gesetzentwurfs schon im Herbst 1962 unterzogen. Ihr Entwurf eines Flüchtlingsgesetzes, der von den Betroffenen als "Grundgesetz der Flüchtlinge" bezeichnet wird und der die dankbare Zustimmung der Verbände findet, stieß bisher auf den Widerstand der Regierung und der sie tragenden Parteien. Vor kurzem haben die Koalitionsabgeordneten in den Ausschußberatungen einen wichtigen Punkt der sozialdemokratischen Vorlage, nämlich die Liberalisierung der Paragraphen 3 und 4 des Bundesvertriebenengesetzes, die die seitige Untercheidung in "anerkannte" und "nicht anerkannte" Flüchtlinge, zu Fall gebracht.

Der von der SPD am vergangenen Wochenende im württembergischen Sindelfingen veranstaltete Flüchtlingskongreß war deshalb vornehmlich diesen Fragen gewidmet. Aber neben der sozialen Seite des Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems beherrschten nationalpolitische Fragen den Kongreß. Die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden E r l e r und W e h n e r wiesen zu recht darauf hin, es könne keinen Frieden in Europa geben, ohne friedensvertragliche Vereinbarungen mit den Staaten des Ostens. Die Solidarität der Deutschen untereinander müsse ihre Ergänzung durch die Solidarität mit den demokratischen Völkern der westlichen Welt finden. Hier hat sich die deutsche, den Frieden sichernde, eine auf eine Gerechtigkeit zwischen den Völkern hinstrebende Politik noch zu bewähren. Die Verwirklichung der Menschenrechte im Gleichklang mit der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts liefert den Schlüssel für ein Europa der freien Völker.

## Intensive Verkehrserziehung

### Gute Erfahrungen in Hessen

KR. - Es vergeht kein Monat, in dem der hessische Innenminister Heinrich Schneider für die Polizei nicht ein Sonderprogramm für die Verkehrsüberwachung herausgibt. Aber der ständig ansteigende Verkehr überfordert die Überwacher allzusehr. Es geht also nicht nur darum, daß die Fahrzeuge ausnahmslos in einem absolut betriebssicheren Zustand benutzt werden, sondern um die Umsicht und Vorsicht, mit der sich jeder Verkehrsteilnehmer - auch der Fußgänger - in die Ströme der Straßen begibt.

In diesem Sinne bemühen sich die Landesregierung, die Schulen, Polizei, kommunale Gebietskörperschaften, die Verkehrswacht und Motorsportverbände um vorsorgende Maßnahmen. Es geht ihnen im Kampf gegen den Verkehrstod vor allem um eine intensive und variantenreiche Verkehrserziehung.

Wer sich nicht ausreichend im Gewühl des Straßenverkehrs auskennt, das sind Kinder, alte Leute und ausländische Gastarbeiter. Diesen drei Gruppen nehmen sich die Verkehrserzieher besonders intensiv an. Nach dem Motto "Wie sag' ich's meinem Kinde" werden in der Hessischen Polizeischule von Psychologen in verkehrspädagogischen Lehrgängen Polizeibeamte für den Verkehrsunterricht in Schulen ausgebildet, die dann später innerhalb der Landespolizei und auch bei der kommunalen Polizei ihr umfassendes Wissen "an das Kind" bringen können.

Die Polizei und die Verbände verfügen über Fachliteratur. Immer wieder werden Kurzfilme gedreht, die in vielen Varianten zeigen, was man im Straßenverkehr tun und nicht tun darf. Es ist selbstverständlich, daß diese Filme erst nach einem strengen Fachgutachten gezeigt werden.

Die Polizei geht sogar mit einem Kasperletheater in die Schulen, um den Kleinsten mit Hilfe des "Verkehrskasperle" die Gefahren der Straße nahezubringen. Dabei wird mit Humor und Sachlichkeit gezeigt, daß aus kindlichem Spiel auf der Straße häufig tödlicher Ernst werden kann. Es gibt auch Marionettentheater, die sich in den Dienst dieser guten Sache stellen.

Ebenso intensiv widmen sich die Verkehrserzieher den alten Menschen, die dem heutigen Getriebe des Straßenverkehrs oft hilflos gegenüberstehen. Um sie zu schützen, werden auch sie mit den wichtigsten Verkehrsregeln vertraut gemacht, und zwar werden in Alters- und Altenwohnheimen theoretische Unterrichtsstunden abgehalten, und auf der Straße wird sogar praktischer Unterricht gegeben. Die Beamten ernten dabei stets dankbare Aufmerksamkeit. Die alten Leute sind froh, daß man sich um sie in diesem Maße kümmert.

Auch die ausländischen Gastarbeiter sind froh, wenn man sie auf die ihnen nicht bekannten Tücken des "deutschen" Straßenverkehrs aufmerksam macht. Die Landesverkehrswacht Hessen hat sich mit dieser Aufklärungsarbeit bereits besonders verdient gemacht. Ihre Fachleute halten mit Hilfe von Dolmetschern Vorträge in mehreren Sprachen.

Es wird also sehr viel getan, um dem Verkehrstod vorbeugend Schach zu bieten. Aber das stete Bemühen von Staat, Gemeinde, Polizei und Verbänden ist vergeblich, wenn nicht jeder Verkehrsteilnehmer verantwortungsbewußt handelt.

## Welt-Wohlstand bestenfalls erst in 200 Jahren

Das Kernproblem der bevorstehenden Welthandelskonferenz  
Von Bruno Kuster, Genf

Bei einer jährlichen Zuwachsrate des Volkseinkommens von fünf Prozent wird es - falls die Bevölkerungszunahme nicht gebremst werden kann - in den fortgeschritteneren Entwicklungsländern 80 Jahre dauern, bis sie das heutige durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa erreichen; und in weiteren 40 Jahren können sie das heutige amerikanische Niveau erreichen. Die rückständigsten Länder aber, auf welche die Hälfte der Bewohner der Entwicklungsgebiete entfällt, werden erst in 200 Jahren dort eintreffen, wo heute Westeuropa steht.

Mit diesen Vergleichen möchte Dr. Paul Prebisch, Generalsekretär der bevorstehenden Welthandelskonferenz, die öffentliche Meinung wachrütteln und den Regierungen ihre Verantwortung zum Bewusstsein bringen. Denn die seiner Berechnung zugrunde gelegte jährliche Zuwachsrate von fünf Prozent ist nichts als ein bisher unerreichter Wunsch, ein Ziel, das eben die Welthandelskonferenz näher bringen sollte.

### Zuschüsse sind fällig

Die fünf Prozent sind das sehr bescheidene Ziel, das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen dem "Jahrzehnt der Entwicklung" gestellt wurde. Denn infolge der Bevölkerungszunahme würde sich die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens im Durchschnitt auf 2,6 Prozent reduzieren. Das bedeutet, daß nahezu die Hälfte des in den Entwicklungsländern investierten Kapitals lediglich die Bevölkerungszunahme kompensiert, aber noch keine Verbesserung der mäßigen Lebenshaltung herbeizuführen vermag.

Um eine jährliche Zuwachsrate des Volkseinkommens von fünf Prozent zu erzielen, müssen die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden - wie die Fachleute errechneten - ihre Einfuhr an Ausrüstungsgütern jährlich um mindestens sechs Prozent auszudehnen. Das bedeutet aber, daß sie auch ihre Ausfuhr entsprechend steigern müssen, um ihre Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten. Nun zeigt sich aber, daß die Exporte der Entwicklungsländer im letzten Jahrzehnt mengenmäßig nur um vier Prozent zugenommen haben. Infolge anhaltender Preisrückschläge stieg die Kaufkraft dieser Exporte aber sogar um nur zwei Prozent im Vergleich zur Einfuhr. Zwischen dem Einfuhrbedarf und dem Exporterlös ergibt sich somit eine Schere, die in einem schnell wachsenden Handelsdefizit der Entwicklungsländer zum Ausdruck kommt.

### Die Alternative

Falls die gegenwärtigen Tendenzen anhalten, könnte dieses Handelsdefizit - theoretisch - im Jahre 1970 die Größenordnung von 20 Milliarden Dollar jährlich erreichen. In Wirklichkeit wird dieses Defizit allerdings nicht eintreten, weil die Entwicklungsländer lange vorher bankrott machen würden. Wenn es ihnen also nicht gelingen sollte, ihre Exporteinnahmen in diesem Ausmaß zu steigern, wären sie ganz einfach gezwungen, das Entwicklungstempo so zu verlangsamen, daß sie nicht die geringste Aussicht haben, je aus ihrer Armut herauszukommen. Sie sähen sich zudem dazu verurteilt, unter Anwendung diktatorischer Zwangsmaßnahmen auf Kosten der heutigen Generationen eine etwas hellere, ferne Zukunft vorzubereiten. Das ist die wenig erbauliche Alternative zum Vorschlag, den Handelsbegehren der Entwicklungsgebiete endlich Gehör zu schenken, d.h., ihnen im Jahre 1970 für 20 Milliarden Dollar mehr Rohstoffe, Halb- und Fertigprodukte abzunehmen als heute. Das ist das Kernproblem der Welthandelskonferenz.

## Serrano Suñer bringt sich in Erinnerung

### Spanisches Bekenntnis zum Faschismus

Rw. - Die zahlreichen Prozesse, in denen das Grauen der Mordmaschinerie Adolf Hitlers immer wieder in Erinnerung gerufen werden, haben offenbar den früheren spanischen Außenminister Serrano Suñer veranlaßt, seine Beziehungen zu Hitler während des Krieges in neuer Fassung darzustellen. In der "Vanguardia Española", der größten Tageszeitung von Barcelona, meldet Serrano Suñer sich zu Wort und erklärt, daß Hitler heute neu und anders zu bewerten sei. Diese Neubewertung ist allerdings nur auf die nunmehr nicht mehr bestreitbare Maßlosigkeit Hitlers beschränkt. Der einstige Außenminister und Schwager des spanischen Staatschefs berichtet, er habe schon damals in Berlin Vorbehalte gegen die antisemitischen und antireligiösen Tendenzen des Dritten Reiches gemacht. Ansonsten aber erschien ihm im Jahre 1940 Hitler durchaus als ein geschichtliches Instrument für die Schaffung eines europäischen Staates, ein Vorläufer sozusagen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Doch gab es damals in den kriegsbewegten vierziger Jahren nicht nur Hitler, sondern auch Mussolini in Italien und im besetzten Frankreich den Marschall Pétain, der sein antidemokratisches Staatssystem als "nationale Revolution" bezeichnen ließ. Und sie hat Serrano Suñer in bester Erinnerung. Sie waren für ihn "Gegenkräfte" gegen Hitlers Anmaßungen, wobei allerdings die Frage aufzuwerfen wäre, wie das Kräfteverhältnis zwischen diesen drei ungleichen Vertretern totalitärer Staatsführung eigentlich gewesen ist. Doch darauf kommt es Serrano Suñer gar nicht an. Er fühlt sich in erster Linie gefühlsmäßig bewegt von seiner engen, vertrauensvollen und persönlichen Freundschaft zu dem ehemaligen Diktator Italiens, so bewegt, daß er dem wertreich Ausdruck verleiht.

Da nun in Spanien nichts in den Zeitungen erscheint, was der Staatsführung nicht frommt, muß dieser sonderbare Rechtfertigungsartikel von Francos Schwager als eine Art inoffizielle Äußerung des Regimes gewertet werden. Hitler wird im Lichte der heutigen Kenntnis seiner Person neu bewertet und abgelehnt. Die anderen Exponenten jener Zeit, die den totalitären faschistischen Staatsgedanken vertraten, verdienen hingegen freundschaftliches Gedenken. Für die derzeitigen Bemühungen Spaniens um den Anschluß an Europa stellt dies wohl ein bemerkenswertes Bekenntnis dar.